

# STAHNSDORF aktuell

Eine Publikation der SPD Stahnsdorf

12. Ausgabe / Februar 2025

## Gerechte Grundsteuer – SPD kümmert sich

Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018 war eine Reform der Grundsteuer notwendig, die zum 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist. Dazu wurde versprochen, dass die Reform für die Gemeinden aufkommensneutral erfolgen soll. Für die jeweilige Aufkommensneutralität sind die Hebesätze entscheidend. In Stahnsdorf beträgt der bisherige Hebesatz für die Grundsteuer B (Ein- und Zweifamilienhäuser, Wohneigentum, Mietwohnungsbau, Geschäftsgrundstücke usw.) 420 Prozent. Der nach der Reform für Stahnsdorf ermittelte Orientierungshebesatz im Heberegister des Landes Brandenburg für die Grundsteuer B beträgt 220 Prozent. Stahnsdorf muss nun zur Vermeidung übermäßiger Belastungen, die über die Nebenkosten auch Mieter und nicht nur Eigentümer betreffen können, die Höhe des Hebesatzes von 420 auf 220 Prozent fast halbieren.

Die Stahnsdorfer SPD-Fraktion hatte im Dezember 2024 im Rahmen des Nachtragshaushaltes die Verringerung des Hebesatzes auf 220 Prozent beantragt. Diesen Antrag haben der Bürgermeister und die Mehrheit der Gemeindevertreter/innen abgelehnt.

Wegen Stahnsdorfs Haushaltssituation ist bei einigen die Verlockung groß, bei der Höhe der Grundsteuer zuzuschlagen. Dagegen wehren wir uns und werden nochmals die Festlegung des aufkommensneutralen Hebesatzes von 220 Prozent in der Gemeindevertretung beantragen.

Dietmar Otto

## Kein Mehrverkehr auf der „Sputendorfer“

Die SPD Stahnsdorf will keinen Mehrverkehr auf der Sputendorfer Straße durch den S-Bahnhof Stahnsdorf. Hierzu hat die SPD eine Beschlussvorlage in die Gemeindevertretung eingebracht, um die Erschließung des S-Bahnhofs „Sputendorfer Straße“ für den motorisierten Individualverkehr und den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV/Bus) über die Landesstraße L77N/Ruhlsdorfer Straße sicherzustellen.

Das zentrale Anliegen des Beschlusses ist der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner im unmittelbaren Einzugsbereich des neuen S-Bahnhofs. Gleichzeitig soll ein Verkehrskollaps im Kreuzungsbereich Lindenstraße/Sputendorfer Straße sowie beim Knoten Stahnsdorfer Hof verhindert werden.

Die Zufahrt zum Bahnhofsvorplatz soll von der L77N erfolgen, überörtliche Busse sollen zur Sicherstellung der Fahrplanstabilität ihren Halt ausschließlich an der L77 N haben. Damit wird sowohl die Sputendorfer Straße entlastet als auch der S-Bahnhof Iserstraße besser erschlossen.

Martin Heiland

### Manager gefragt und keine Statisten

Seite 2: Chaos bei der Entwicklung  
des S-Bahn-Umfeldes

### – 23.2.2025 – BUNDESTAGSWAHL

Seite 3: So kämpft die SPD  
für Dich und für Deutschland

## Schwarzer Tag für die Demokratie

Die Verschärfung der Migrationspolitik der CDU mit Hilfe der AfD ist ein schwarzer Tag für unsere Demokratie.

Am 29. Januar 2025 sind im Bundestag, unserem historischen Parlamentsgebäude, wieder die unsäglichen Geister der NS-Vergangenheit erschienen.

Gefordert wird unter anderem eine ständige Grenzkontrolle an den gesamten deutschen Außengrenzen. Das ist praktisch eine Aufkündigung des Schengener Abkommens. Die Freizügigkeit innerhalb Europas findet nicht mehr statt.

Sollten wir schnell mal einen Kurzbesuch nach Polen machen wollen, zum Tanken, müssen wir unsere Ausweispapiere dabei haben, uns in die Schlange am Kontrollpunkt anstellen. Bei der Rückreise wieder das Gleiche. Ach, die gerade abgebauten Kontrollgebäude sollten wir wohl wieder aufbauen, wir haben ja auch mal Regenwetter.

Der Warenverkehr in Europa braucht bei den angestrebten Maßnahmen etwas mehr Zeit. Anstehen an den Kontrollpunkten. Rückstau auf den Autobahnen. Der Warenverkehr wird aufwändiger und teurer und das in unserer angespannten wirtschaftlichen Situation. Damit rücken wir der Aufforderung der AfD näher, die Europäische Union doch abzuschaffen.

An dem Ziel, ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder aufzuspüren und abzuschieben, ändert das wohl wenig. Hier sind unsere 16 Bundesländer zuständig. Unterstützt durch Bundesbehörden. Der schnelle Datenaustausch, der notwendig wäre, erfolgt im schlimmsten Fall durch das gute alte FAX-Gerät.

Bevor populistische Gesetzesinitiativen gestartet werden, sollten die Zuständigkeiten und Abläufe geprüft und ggf. reformiert werden. Entsprechende moderne Technik wäre auch nicht schlecht.

Herr Merz, das wären Maßnahmen, die unsere Sicherheit schnell und nachhaltig verbessern. Das Kuschneln mit der AfD ist unnötig.

Helmut Steder-Storm

# Manager gefragt und keine Statisten

## Chaos bei der Entwicklung des S-Bahn-Umfeldes

Als die SPD-Fraktion im November 2023 den Antrag auf Einleitung einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „S-Bahn-Umgebung“ stellte, herrschte allgemeine Ratlosigkeit in der Verwaltung. Diese Ratlosigkeit hält immer noch an. ...

Die geplante S-Bahn wird Stahnsdorf verändern wie keine andere Infrastrukturmaßnahme zuvor. Daher ist es Aufgabe der Gemeinde, sehr sorgfältig die Planung des S-Bahn-Umfeldes vorzubereiten und durchzuführen.

Für die Entwicklung großflächiger Bereiche gibt das Baugesetzbuch den Gemeinden ein Instrument an die Hand: die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme. Die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme hat zwei zentrale Funktionen: Die direkte Steuerung der Entwicklung, insbesondere mit einer (gemeindlichen) Entwicklungsgesellschaft und die Finanzierungsfunktion.

Die Entwicklungsmaßnahmen werden vor allem dadurch finanziert, dass die Gemeinde die Grundstücke zu dem Wert erwirbt, der sich ohne Aussicht auf die Entwicklung, ihre Vorbereitung oder Durchführung ergibt (entwicklungsunbeeinflusster Grundstückswert) und die neu geordneten Grundstücke zum Verkehrswert unter Berücksichtigung der tatsächlichen und rechtlichen Neuordnung veräußert (Neuordnungswert). Soweit Grundstücke nicht von der Gemeinde zwischenerworben werden, haben die Eigentümer einen Ausgleichsbetrag in Höhe der Differenz des entwicklungsunbeeinflussten Bodenwerts (Anfangswert) und des Bodenwerts der neu geordneten Grundstücke (Endwert) zu zahlen.

Zunächst wurde bestritten, dass dieses Instrument überhaupt taugt. Auf Vor-

schlag der SPD hat am 14. Mai 2025 in Stahnsdorf eine öffentliche Infoveranstaltung zum Thema „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme - Die Potsdamer Perspektive“ mit dem Referenten Erik Wolfram, Fachbereichsleiter Stadtplanung der Landeshauptstadt Potsdam stattgefunden. Herr Wolfram informierte ausführlich und äußerst kompetent über die Potsdamer Ent-



Allein etwas zu wollen reicht nicht. Man muss es auch machen. Foto: hp

wicklungsgebiete Bornstedter Feld und Krampitz. Sein Fazit: Ein aufwändiges, aber wirksames Instrument für umfassende Entwicklungen, mit externer Unterstützung auch für kleine Verwaltungen möglich. Danach schien alles klar ... Dann überraschte die Verwaltung mit dem Vorschlag, als Alternative ein Baulandumlegungsverfahren durchzuführen. Nach Einschätzung der Verwaltung blieben die Kosten der Gemeinde überschaubar und ein größerer Teil der Infrastrukturkosten „könnte“ über Anliegerbeiträge finanziert bzw. diese

„könnten“ von Investoren übernommen werden. Man wolle mal diskutieren.

Die Verwaltung scheint die Instrumente „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ und „Baulandumlegung“ nicht verstanden zu haben:

- Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme finanziert die Gesamtmaßnahme einschließlich der nicht beitragsfähigen Infrastruktur (Schulen, Kitaplätze, Bau einer Erschließungsstraße .... etc.). Dies ist bei der Baulandumlegung nicht möglich.

- Zudem: Bei der Baulandumlegung steht der Zeitpunkt der Baurechtsnutzung im Belieben der Eigentümer (Realisierung 2030? 2040? 2050?) – also keine Steuerung oder gar Planverwirklichung durch die Gemeinde.

In der Sitzung des S-Bahn-Ausschusses am 22. Januar 2025 wurde deutlich, dass der Bürgermeister keinen klaren Blick für die zwingenden nächsten Schritte dieses bis Mitte der 2030 Jahre angelegten Großprojekts hat. Man müsse, so der Bürgermeister, in den nächsten Wochen mal sehen, was so geht. Mehr Statist geht nicht.

Übrigens: Für die kreative, zukunftsweisende Entwicklung des S-Bahn-Umfeldes wurde ein städtebaulicher Wettbewerb initiiert und vorbereitet. Wann erfolgt der Start? Genaueres war in der S-Bahn-Sitzung nicht zu erfahren. Ist der Bürgermeister wegen fehlender Haushaltsmittel auch hier in einer Sackgasse?

Schlussbemerkungen: Managerinnen und Manager sind gefragt und keine Statisten! Unsere Befürchtung: Einfahrt der ersten S-Bahn 2032 nach Stahnsdorf auf der grünen Wiese.

Dr. Heinrich Plückelmann

## Trassenführung der S-Bahnanbindung in Troglage

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Stahnsdorfer Gemeindevertretung beschlossen, den Bürgermeister zu beauftragen, sich beim Land Brandenburg und bei der Deutschen Bahn AG nachdrücklich für eine Trassenführung der S-Bahn-Verlängerung sowie des Haltepunktes Sputendorfer Straße in Troglage einzusetzen

„Wir begrüßen ausdrücklich die Verlängerung der S-Bahn vom Bahnhof Teltow-Stadt bis zur Sputendorfer Straße in Stahnsdorf. Jedoch vertreten wir die Auffassung, dass die damit verbundenen Beeinträchtigungen, insbesondere für die Anwohner:innen, so gering wie möglich gehalten werden müssen. Daher soll die Verlängerung in einer Troglage erfolgen. Die Deutsche Bahn hat erklärt, dass sie den Stahnsdorfer Beschluss als wichtig für ihre Planungen erachtet und ihn berücksichtigen wird“, so Gemeindevertreter Dietmar Otto, der für die SPD im S-Bahn-Ausschuss sitzt.

Dietmar Otto

# WIR KÄMPFEN FÜR DICH UND DEUTSCHLAND

## Für Innere, Äußere und Soziale Sicherheit

Am **23. Februar** wird gewählt. **Nur die SPD** steht für Wohlstand für alle, sichere Renten und Arbeitsplätze sowie Investitionen in unsere Wirtschaft.

**Pandemie, Krieg, Inflation** – die letzten Jahre waren eine große Herausforderung. Wir haben dafür gesorgt, dass in Deutschland das Licht nicht ausging und niemand frieren musste. Die gestiegenen Preise und die unsichere Weltlage belasten viele, doch wir kämpfen weiter für eine Zukunft, in der es allen gut geht.

### So kämpft die SPD für Dich und für Deutschland:

- **Löhne:** Steigenden Preise begegnen wir mit **steigenden Löhnen**. Wir kämpfen für einen **Mindestlohn von 15 €** und entlasten **95 % der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler** – für mehr Geld in Deinem Portemonnaie.
- **Rente:** Ost und West haben wir angeglichen und das Rentenniveau bleibt stabil. Am Renteneintritt mit 67 oder abschlagsfrei nach 45 Beitragsjahren rütteln wir nicht – anders als unsere Konkurrenz.
- **Wirtschaft:** Wir kämpfen um **Arbeitsplätze** und investieren in Deutschlands Innovationskraft, damit „**Made in Germany**“ auch in Zukunft ein Gütesiegel bleibt.
- **Mobilität:** Mit dem **Deutschlandticket** haben wir den öffentlichen Nahverkehr für alle bezahlbar gemacht. Jetzt kämpfen wir für eine **leistungsfähige Bahn** und treiben die **E-Mobilität** konsequent voran.
- **Verteidigung:** Wir unterstützen die Ukraine und sichern langfristig Frieden mit dem **Sondervermögen Bundeswehr**.
- **Gesundheit:** Wir modernisieren mit Maßnahmen wie dem **E-Rezept**, unterstützen **pflegerische Angehörige** und sichern die **Grundversorgung** sowie Fachkliniken.
- **Klimaschutz:** Wir setzen auf **bezahlbare Lösungen** und beschleunigen den Ausbau der Erneuerbaren – für eine unabhängige und nachhaltige Zukunft.
- **Soziales:** Mehr **Kindergeld**, mehr **Bafög**, mehr **Wohngeld**: Wir stehen für diejenigen ein, die unsere Solidarität am dringendsten brauchen.
- **Bildung:** Wir bauen die **Ganztagsbetreuung** aus, kämpfen für mehr **Lehrpersonal** und investieren in **moderne Schulgebäude**.

**Am 23. Februar: Deine Stimme für eine sichere und gerechte Zukunft –  
Deine Stimme für die SPD.**

**SPD.DE**



# Na dann: gute Nacht Stahnsdorf

## Kein wirksamer Haushalt bis 2028 – Stahnsdorf droht Stillstand

### SPD: Nachtmähverbot für Rasenmäroboter

Die in der Region TKS heimischen Braunbrustigel sind nachtaktiv und nach der Bundesnaturschutzverordnung als besonders geschützte Tiere eingestuft. Die Tötung und Verletzung dieser Tiere ist deshalb verboten.

Treffen Igel auf Rasenmäroboter, rollen sie sich zusammen, anstatt wegzulaufen. Der Mähroboter touchiert die Tiere dann. Häufig werden dabei Stacheln, Hautschichten, Gliedmaßen oder gar die Schnauze komplett abgetrennt.



Foto/Grafik: ac

Ein Verbot des Betriebs von Rasenmärobotern in der Zeit, in der Igel und andere gefährdete Tiere aktiv sind, ist daher zum Schutze dieser Tiere erforderlich.

Auf Initiative der Stahnsdorfer SPD hat die Gemeindevertretung eine Untersagung des Betriebes von Rasenmärobotern in der Zeit von 20 bis 7 Uhr beschlossen.

Der Igel ist ein Wild- aber kein reines Waldtier, er lebt am Rand von Wiesen und Wäldern und gern in Parks und unseren Gärten.

Der Braunbrustigel war 2009 und 2024 Tier des Jahres. Seit 2024 gilt der westeuropäische Igel laut der internationalen Roten Liste als „potenziell gefährdet“.

### Impressum

12. Ausgabe, Februar 2025;  
Herausgeber und V.S.d.P.:  
SPD Ortsverein Stahnsdorf,  
Helmut Steder-Storm, Ulmenweg 3,  
14532 Stahnsdorf  
www.spd-stahnsdorf.de

Der Bürgermeister wird der Kommunalaufsicht den Haushalt für das Jahr 2025 vermutlich erst im Juni 2025 vorlegen. Bis dahin herrscht in Stahnsdorf „vorläufige Haushaltsführung“ mit der Folge, dass nur Aufwendungen und Auszahlungen geleistet werden dürfen, zu denen die Gemeinde rechtlich verpflichtet ist. Investitionsmaßnahmen dürfen nur begonnen werden, wenn sie zur Erfüllung pflichtiger Aufgaben unabweisbar und unaufschiebbar sind. Damit sind Förderungen von Seniorenfeiern, Adventsmarkt, Jubiläumsfeier in Sputendorf, Kunstallee, Bezuschussungen von Vereinen, Unterstützungen Ehrenamtlicher, Planungen für Sportflächen in den Ortsteilen oder zur S-Bahn, neue Bauvorhaben, neue Straßen usw. ausgeschlossen.



Symbolbild (Quelle: pixabay)

Wer nun glaubt, ab Juli 2025 sei alles wieder möglich oder könne nachgeholt werden, täuscht sich. Der letzte Jahresabschluss, den der Bürgermeister vorgelegt hat, bezieht

sich auf das Jahr 2017. Er hat mitteilen lassen, dass die Abschlüsse für die Jahre 2018 bis 2020 noch im Jahr 2025 gefertigt werden und die Abschlüsse für die Jahre 2021 bis 2023 im Jahr 2026 erfolgen sollen. Die Abschlüsse für die Jahre 2024 bis 2026 werden demnach im Jahr 2027 gefertigt werden.

Aufgrund einer vor fünf Jahren beschlossenen Änderung der Kommunalverfassung kann ein Haushalt nur noch in Kraft treten, wenn der Jahresabschluss des Vor-Vor-Jahres vorliegt. Für den Haushalt des Jahres 2025 ist danach

das Vorliegen des Jahresabschlusses 2023 notwendig.

Nach dem vom Bürgermeister vorgelegten Zeitplan für die Erstellung der Jahresabschlüsse wird Stahnsdorf frühestens 2028 wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt haben. Bis dahin –

also bis 2028 – gilt die oben erwähnte „vorläufige Haushaltsführung“ mit den dort beschriebenen Folgen. Also Stillstand!

Dietmar Otto

## Bei Sandpisten neue Wege gehen

In der Gemeinde Stahnsdorf befinden sich viele unbefestigte Wege und Straßen, u.a. Eichenweg, Kiefernsteg, Alte Potsdamer Landstraße, Mühlenstraße, Asternweg. Diese unterliegen regelmäßigen Kontrollen durch die Gemeindeverwaltung, bei denen Schadstellen erfasst, gesichert und letztlich im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht beseitigt werden (wie das Ausbessern von Schlaglöchern oder das Glätten der Fahrbahn).

Auf eine SPD-Anfrage teilte die Verwaltung die Kosten für die Fahrbahnprofilierung mit (etwa 75.000 m<sup>2</sup> unbefestigter Straßen und Wege – in Euro):

2019: 61 T | 2020/21: 122 T | 2022: 48 T | 2023: 150 T (veranschlagt)

In einer aktuellen Beschlussvorlage fordert die SPD-Fraktion die vereinfachte Instandsetzung von unbefestigten Straßen und Wegen als Provisorium und Übergangslösung vor der eigentlichen erstmaligen Erschließung. Hierbei sollen die Straßenverhältnisse und die Barrierefreiheit im Gemeindegebiet insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität verbessert werden. Darüber hinaus soll der Ansatz eine deutlich bessere Lösung darstellen als reine Ausbesserungsarbeiten, was zu einer höheren Zufriedenheit bei den Anliegern führt. In den nächsten Wochen wird die SPD-Fraktion Informationen und Praxisbeispiele aus Nachbarcommunen sammeln und mit einem Vorschlag auf die anderen Fraktionen zugehen.

Frank Schütze